Montag, 25. August 1919
67. Jahrgang Nr. 396

Berliner Volks-Zeitung

Montags-Ausgabe

Rücktritt des Erzherzogs Joseph.

Demission der Regierung. — Bildung eines Koalitionskabinetts in drei Tagen.

Budapest, 23. August.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet: Heute nachmittag ist vom Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau ein Telegramm hier eingetroffen, worin mitgeteilt wird, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Vermeserschaft des königlichen Prinzen Joseph und die durch den Prinzen ernannte Regierung nicht anerkennen und erklären, daß sie nicht geneigt sind, mit dieser Regierung über den Frieden zu verhandeln. Nach Einlaufen dieses Telegramms berief Ministerpräsident Friedrich sofort einen Ministerrat ein, zu dem auch Prinz Joseph erschien. Es wurden zwei wichtige Entschließungen getroffen, und zwar erstens, **daß Prinz Joseph infolge der Stellungnahme der Entente seine Tätigkeit als abgeschlossen betrachtet und von der Verweserschaft zurücktritt und zweitens, daß auch die durch den Prinzen ernannte Regierung zurücktritt.**

Von dieser Entschließung machte der Ministerpräsident persönlich der in Budapest weilenden Ententemission, mittels Funkspruch auch dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, Mitteilung. Die Budapester Ententemission **forderte den Ministerpräsidenten auf, ein Ministerium zu bilden, in dem sämtliche Gesellschaftsschichten des Landes vertreten sind.** Zugleich wurde der Ministerpräsident aufgefordert, unter allen Umständen für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Die Entente stellte zur Bildung der neuen Regierung eine Frist von drei Tagen.

Hierauf kehrte Ministerpräsident Friedrich in den Ministerrat zurück, wo der Minister des Äußern Lovaszy im Namen der Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts vom Prinzen Joseph Abschied nahm. Er erklärte, Prinz Joseph habe sich in den Stunden der Krise zum Handeln entschlossen, weshalb ihm der ewige Dank der Nation sicher sei. Der Prinz verabschiedete sich bewegt von seinen Mitarbeitern, reichte jedem der Reihe nach die Hand und entfernte sich hierauf. Der Ministerrat beschloß sodann, bis zur Konstituierung der neuen Regierung die Geschäfte des Landes weiterzuführen. Prinz Joseph wird morgen vormittag eine Abschiedsproklamation an die Nation erlassen.

Oesterreichs Anschluß an die Westmächte.

Die Neuorientierung der österreichischen Politik.

Wien, 24. August.

Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht Aeußerungen von authentischer Seite über die Neuorientierung in der Außenpolitik des Staatskanzlers Renner. Es heißt darin: Es ist wohl begreiflich, daß die unbedingten Anhänger des Anschlußgedankens an Deutschland durch die Erklärung Renners, daß Deutschösterreich im Vertrauen auf den Völkerbund allein durchzukommen versuchen wolle, sich beunruhigt fühlen. Es handelt sich hier vielleicht nicht allein um eine Frage der Auffassung, sondern um eine Frage des Vertrauens. Staatskanzler Renner hat die Annäherung an die Westmächte vollzogen und unser Schicksal in ihre Hand gelegt. Von der Entente und dem Völkerbund wird es abhängen, ob Deutschösterreich imstande sein wird, die ihm im Friedensvertrag als Bedingung auferlegte staatsrechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, ja überhaupt als Staat fortzuexistieren.

Japan gibt Kiautschau an China zurück.

Kompensationen an anderer Stelle.

Amsterdam, 24. August.

Laut Pressebureau Radio wird aus Peking gemeldet, daß der japanische Gesandte dem Auswärtigen Amt erklärt hat, Japan sei bereit, innerhalb zwei Jahren Kiautschau an China zurückzugeben, fordere jedoch dafür Kompensationen an anderer Stelle. Damit, setzt das Pressebureau Radio hinzu, kann nur die Mandschurei oder die Mongolei gemeint sein.

Das französische System im Elsaß.

Beginnende Ernüchterung der Elsässer.

Aus elsässischen Kreisen wird den P. P. N. geschrieben: Wenige Monate französischer Verwaltung im Elsaß haben hingereicht, um die Begeisterung und Zuneigung der Altelsässer für die wiedergefundene „mère-patrie" (Mutter-Vaterland) wesentlich abzukühlen und in ihnen so etwas wie eine heimliche Sehnsucht nach den Vorzügen des sonst so wacker geschmähten deutschen Systems wieder laut werden zu lassen. Es scheint tatsächlich, als ob die französische Verwaltung, die ja trotz des zivilen Oberkommissars an der Spitze im wesentlichen als eine Militärregierung schlimmster Art sich entpuppt hat, es mit aller Macht darauf anlegt, sich schleunigst alle Sympathien zu verscherzen, und man kann schon jetzt sagen, daß ihr dies in hervorragendem Maße gelungen ist. Die fortdauernden Streiks, die jüngsten Unruhen in Straßburg reden in diesem Punkte eine deutliche Sprache. Nicht nur in der Arbeiterschaft hat die Unzufriedenheit einen starken Grad der Gärung erreicht, auch in den Kreisen der elsässischen Intelligenz beginnt es zu dämmern, daß doch nicht alles Heil bei Frankreich liege und daß, wenn man schon einen Militarismus gegen den anderen eintauschen mußte, bei einer vergleichenden Betrachtung der deutsche wahrhaftig nicht schlecht abschneidet. Was immer auch der Elsässer dem deutschen System vorwerfen konnte — und das war zugestandenermaßen nicht wenig — er hat doch heute erkennen gelernt, daß die deutsche Verwaltungs- und Organisationsmethode gegenüber dem französischen Verwaltungsregime einen unbestreitbaren Grad der Ueberlegenheit besitze, den einsichtige Franzosen, selbst wenn auch mit Bedauern und widerwillig, haben erkennen müssen. Erst jüngst begegnete man wieder in der „Humanité" solch beweglicher Klage über die Vorzüge des **deutschen Systems. Ein Urteil über den Verfall der Straßburger Bibliothek** unter der französischen Verwaltung ist geradezu ein begeisterter Hymnus auf deutsche Methodik und Organisationskunst, denen Frankreich bis zur Stunde nichts Gleichwertiges an die Stelle zu setzen gewußt habe. Wir in Deutschland haben allen Anlaß, solche immer offenkundiger zutage tretende Ernüchterung der Elsässer als wertvollste Anerkennung dessen, was Deutschland für das ehemalige Reichsland geleistet, zu deuten.

Die Ententekommission in Oberschlesien.

Breslau, 24. August. (Privat.)

Die Ententekommission ist heute mittag hier eingetroffen. Sie ist zusammengesetzt aus zwei Engländern, drei Franzosen, zwei Amerikanern und einem Japaner. Der Leiter der Kommission ist der englische Oberstleutnant Tiddury. Die englischen, französischen, italienischen und japanischen Mitglieder der Kommission kamen aus Berlin, während die beiden Amerikaner aus Kattowitz entsandt worden sind. Die Verhandlungen beginnen morgen mittag. Zu ihnen sind Vertreter der Staatsverwaltung, der Kommunen, wie auch Vertreter aller Berufsstände aus Oberschlesien geladen.

Beuthen, 24. August.

Die 32. Reichswehrbrigade meldet: Südlich Godow-Lariss versuchten im Laufe der Nacht polnische Banden die Grenze zu überschreiten. Sie wurden durch Maschinengewehrfeuer vertrieben. Zwischen Birkenthal und Wohlau erfolgten an mehreren Stellen auf unsere Feldwachen Angriffe durch polnische Banden. Hierbei wurde ein Unteroffizier, der leicht verwundet wurde, heimtückisch ermordet. Sonst verlief die Nacht ruhig.

Eine weitere Meldung der 32. Reichswehrbrigade besagt: In der Gegend südlich Goldmannsdorf, Kreis Rybnik, **überschritt eine polnische Patrouille regulärer Truppen die Grenze.** Sie wurden vom Grenzschutz zurückgetrieben. Dabei fiel ein Pole verwundet in unsere Hand. Er gehört dem Grenzschutz Beuthen an, der aus oberschlesischen Ueberläufern gebildet wurde.

Bei Hohenlohe-Hütte wurde ein dort verbliebenes Insurgentennest gesäubert.

Generalstreik der Berliner Metallarbeiter?

Protest gegen die Aufhebung des unabhängigen Vollzugsrats.

Wie die B. S.-Korrespondenz erfährt, sind gestern nachmittag die Funktionäre der Betriebe der Metallindustrie zusammengetreten, um zu der Absetzung des Vollzugsrates Stellung zu nehmen. Es wurden noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, doch herrscht **die Neigung, in den Generalstreik zu treten,** falls die Regierung die Arbeiterratswahlen des Vollzugsrates weiter verhindern sollte.

*

Der aus Unabhängigen und Kommunisten bestehende Rumpfvollzugsrat in den Zelten ist, wie berichtet, am Sonnabend auf Anordnung des Oberkommandos exmitiiert und den Mitgliedern das fernere Betreten des Hauses verboten worden.

Diese Maßnahme ist, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, äußerlich auf die Propaganda des Vollzugsrates für die Arbeiterratswahlen in Berlin zurückzuführen. Es bestehen aber noch andere Gründe, die es der Regierung geboten erscheinen ließen, gerade jetzt eine solche Maßnahme anzuordnen. Die Tätigkeit des unabhängigen Vollzugsrates war in den letzten Wochen dazu angetan, die in der Industrie und im Handel herrschende wirtschaftliche Unsicherheit bedenklich zu steigern. Die „Erfassung der werktätigen Bevölkerung Berlins" geschah nicht lediglich, um hier dem von der U. S. P. D. für einen Ortsbezirk zurechtgemachten Wahlsystem zum Siege zu verhelfen. Vor wenigen Wochen traten in aller Stille Delegierte der U. S. P. D. aus allen Teilen des Reiches zusammen, um über die künftige Gestaltung des Wirtschaftslebens zu beraten, sobald „die Zeit gekommen sei, um mit der Uebernahme der Macht, auch das Wirtschaftsleben zu reorganisieren". Man hat mit dem neuen Wahlsystem lediglich in Berlin den Anfang gemacht, weil man glaubte, hier auf einen Erfolg der Aktion rechnen zu können. Ebenso sollte in Leipzig und in München in der nächsten Zeit die Erfassung der Wählermassen durch die U. S. P. erfolgen. Aus diesem Grunde hat die Regierung sich veranlaßt gesehen, dem Berliner Vollzugsrat, in dessen Räumen viele Fäden zusammenliefen, einen Riegel vorzuschieben.

Die am heutigen Montag stattfindende Funktionärkonferenz der U. S. P. wird sich zunächst mit der Frage beschäftigen, wo der exmittierte Vollzugsrat sein Heim aufschlagen wird, und welche Schritte man ergreifen soll, um die Herausgebe des beschlagnahmten Materials zu erzielen. In großen Protestversammlungen am Dienstag wollen die Unabhängigen und Kommunisten sich mit der Frage beschäftigen, was nun zu tun sein.

Reichspräsident Ebert an die 5000 aus Serbien. Der Reichspräsident hat heute zur Begrüßung an die 5000 Kriegsgefangenen, die aus Serbien im Lager Lechfeld bei Augsburg eingetroffen sind, folgendes Telegramm gesandt: „Den nach unsäglich mühevollen Anstrengungen der Reichsregierung endlich freigelassenen, aus Serbien zurückgekehrten Kriegsgefangenen sende ich beim Betreten deutschen Bodens einen herzlichen Willkommensgruß und den Ausdruck meiner wärmsten Teilnahme an den bisher ausgestandenen langen Leiden und Entbehrungen. Mögen die, die so lange fern von ihren Lieben und dem schwergeprüften Vaterlande sein mußten, sich bald betätigen mit allen Kräften an dem Wiederaufbau der Heimat."

Braunkohlenkunde im Regierungsbezirk Minden. Aus Essen wird gemeldet: In den Gemeinden Steinheim und Linsebeck, im Regierungsbezirk Minden in Westfalen, wurden gestern Braunkohlenfunde von 12 bis 16 Meter Mächtigkeit gemacht. Das Gebiet ist 2 200 000 Quadratmeter groß. Zwei Zechen werden errichtet.

Friedrich Naumann †

Hamburg, 24. August. (Eigene Drahtnachricht.)

Heute abend 5 Uhr ist der Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung D. Friedrich Naumann in Travemünde an einem Schlaganfall verschieden. Naumann traf am Sonnabend mittag mit dem Zuge in Travemünde ein und bezog in der Villa Sanssouci dasselbe Zimmer, das seine Frau bewohnt hatte, die am Vormittag abgereist war, ohne zu wissen, daß ihr Gatte dort eintreffen werde. Um 2½ Uhr mittags bekam Dr. Naumann plötzlich einen solch heftigen Schlaganfall, daß sein Zustand von vornherein als aussichtslos galt. Ein zufällig im Hause wohnender Arzt, Dr. Schwicke, und ein Hamburger Großkaufmann, Hintze, waren die ersten, die ihm Hilfe leisteten. Man gab Dr. Naumann noch stärkere Morphiuminjektionen, die aber keinen Erfolg mehr hatten, denn um 5 Uhr abends erlöste ihn der Tod.

O. N. Friedrich Naumann, der Führer der deutschen Demokratie, der Lehrer unserer politischen Generation und der warmherzige Menschenfreund, ist nicht mehr. Wieder hat der Tod eine schmerzlichere Lücke gerissen! Die deutsche Republik hat in ihm einen ihrer besten Bürger verloren. Als bald nach der Revolution die Sozialdemokratie noch nicht schlüssig war, ob sie den Reichspräsidenten fordern sollte und der Ueberlassung dieses Amtes an die bürgerliche Demokratie geneigt schien, da war kein Zweifel in den Reihen der neugegründeten Deutschen demokratischen Partei, daß für diesen Fall nur Friedrich Naumann für den Posten des Reichspräsidenten in Betracht käme. Der Gang der Geschichte war dann ein anderer. Friedrich Naumann selber war es, der in der demokratischen Fraktion sich für einen sozialistischen Reichspräsidenten einsetzte. Er wollte den Bolschewismus in Deutschland durch eine Stützung der Menschewisten vermeiden, wie er in seiner plastischen Art zu reden es ausdrückte. Auf dem Parteitage der Deutschen demokratischen Partei wurde dann Naumann spontan zum Vorsitzenden gewählt, obwohl er nicht auf dem Wahlvorschlag stand. Leute, die, wie Professor Nippold, den deutschen Dingen so fernstehen, haben gemeint, daß die Demokratie sich damit zu Mitteleuropa bekannt habe. Naumann hat nie unter Mitteleuropa das verstanden, was man im feindlichen Auslande hinter dieser Formel sah. Ich darf das um so eher aussprechen, als ich oft Naumann vorzustellen bemüht war, daß Mitteleuropa und der Völkerbund sich leichter in Gedanken als in den harten politischen Tatsachen verbinden lassen würden. Aber bei der Vorstandswahl auf dem demokratischen Parteitage hat niemand an Mitteleuropa gedacht. Naumanns Wahl war das Bekenntnis zur sozialgerichteten Linkspolitik der Partei. Die Schüler ehrten den Meister der ihnen vor 25 Jahren in seinen „Briefen an reiche Leute" das warme Mitfühlen mit den arbeitenden Brüdern gelehrt. Wie Theodor Barth ein Sämann demokratischer Gedanken gewesen war, so hat Friedrich Naumann ein Vierteljahrhundert lang soziale Gedanken ausgestreut, und in der neuen demokratischen Partei, und weit darüber hinaus, ist seine Saat in die Halme geschossen. Mitten in der Ernte aber stirbt der unermüdliche Arbeiter, Erwecker und Erneurer dahin. Vor wenigen Tagen noch trennten wir uns in Weimar, er voll von Arbeitsplänen für den Winter. Er nahm das neue Vorsitzendenamt so ernst wie nur einer, und besonders lag ihm am Herzen, die Partei finanziell zu kräftigen.

Friedrich Naumann war ein deutscher Erzieher. Seit er dem geistlichen Beruf entsagt, strebte er danach, seinem Volke ein politischer Lehrer zu sein. Er hat der deutschen Politik unendlich viel gegeben. Seine Tagesaufsätze waren von einem bildhaften, echtdeutschen Stil und von leuchtender Klarheit. Wenn er sprach, mit er durch persönliche Wärme, geistvolle Formulierung und großes, ehrliches Wollen mit. Naumanns Reden bilden ein unverjährliches Gut deutschen Geistes. Das gleiche gilt von seinen Büchern. Sie wurden für den Tag geschrieben, aber wenn man heute die Paläftinafahrt in der „Asia" nachliest oder „Demokratie und Kaisertum" oder „Neudeutsche Wirtschaftspolitik", dann wird man keines dieser Werke ohne bleibenden Gewinn aus der Hand legen, und auch den Gegnern von „Mitteleuropa" darf man sagen: liest das Buch! Naumann wirkt ja gerade auch da, wo man nicht mit ihm geht, so ungemein anregend. Rudolf Sohm nannte ihn 1908 in Göttingen — als Naumann, realpolitische Einsicht über starke Gefühle stellend, die Nationalsoziale Partei auflöste und den Anschluß an den Linksliberalismus vollzog —, den praeceptor Germaniae. Der politische Lehrer Deutschlands ist er geworden, und vor allem hat er das Handwerk der Politik geadelt. Dieser reine, uneigennützige Mensch war an sich schon ein treffliches Vorbild, und nun vermied er es, selbst in der Wahlversammlung, in die Niederungen der politischen Demagogie hinabzusteigen, sondern mit vornehmem, wissenschaftlichem Rüstzeug ging er seinen Gegnern zu Leibe; nicht mit Unrecht nannte man ihn den deutschen Jaurès. Was Goethe vom verstorbenen Schiller rühmt, das gilt menschlich und politisch von Friedrich Naumann:

Und hinter ihm im wesenlosen Scheine
Lag, was uns alle bändigt, das Gemeine.

Und nun ist dieser edle Mensch und große Patriot in einer Stunde von uns gegangen, da wir ihn am schmerzlichsten vermissen werden. Das Schicksal des Vaterlandes riß an seinem Herzen, und schon der Blutsturz, den er vor wenigen Wochen in Frankfurt a. M. erlitt, war verursacht durch die quälende Sorge, die ihm der furchtbare Vertrag von Versailles machte. Friedrich Naumann hätte so gern weiter mit allen seinen reichen Gaben und seiner aufopfernden Arbeitskraft an der politischen und geistigen Wiederaufrichtung des Vaterlandes gearbeitet. Ein grausames Geschick hat es ihm versagt. Aber